

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

10 (30.5.1947)

DAS NEUE BADEN

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN

PARTEI SÜD- UND MITTELBADENS

Nr. 10 / 1. Jahrg.

LAHR (Schwarzwald), Freitag, 30. Mai 1947

L

Preis 20 Pfg.

Amerikanische Wirtschaftshilfe für ganz Europa?

New York. Einem Artikel der „New York Times“ zufolge soll die Regierung der Vereinigten Staaten zurzeit die Möglichkeit prüfen, der gesamteuropäischen Wirtschaft durch einen einheitlichen Plan zu helfen. Danach soll in Zukunft nicht mehr den einzelnen Ländern getrennt, die amerikanische Hilfe zuteil werden. Dieser Einheitsplan befindet sich jedoch noch in einem Anfangsstadium.

Massnahmen zur Verhinderung einer Ernährungskrise

Alle Ernährungs- und Landwirtschaftsminister sollen im Juli in Europa zu einer Konferenz zusammenkommen, um Maßnahmen zur Verhinderung einer schweren Ernährungskrise im Frühjahr 1948 zu besprechen, schlug der amerikanische Landwirtschaftsminister in einem Schreiben vor, das auf der Tagung des internationalen Ernährungsrates für Notzeiten von dem Generalsekretär der Organisation verlesen wurde. Wenn nicht Vorkehrungen getroffen würden, um eine Verschwendung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der diesjährigen Ernte zu verhindern, würden die Ernährungsprobleme im kommenden Jahr bedeutend schwieriger werden als im Jahr 1947.

Die Lage in Italien

Rom. De Gasperi wohnte hier einer Zusammenkunft des leitenden Komitees und der Parlamentarier der christlich-demokratischen Partei bei, die der Besprechung der Lage galt, und in deren Verlauf vermutlich die Richtlinien für die neue Verhandlungsphase festgelegt wurden, in die De Gasperi nach dem Scheitern seines Versuchs zur Bildung eines Kabinetts auf breiter Grundlage nun eintreten wird.

Der Import der bizonalen Zonen

Berlin. Insgesamt 1,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, Saatgut, Saatkartoffeln und Dünger im Gesamtwert von 163 Millionen Dollar, die zu Lasten der amerikanischen und britischen Steuerzahler gehen, sind in den ersten 4 Monaten dieses Jahres in die britische und die US Zone eingeführt worden, gab hier am Samstag Oberst Hugh B. Hester, der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft bekannt.

Deutsch-schweizerischer Grenzverkehr

Bern. Die französisch-schweizerische Kommission für die Durchführung des Vertrages vom 3. November 1945 über den deutsch-schweizerischen Grenzverkehr der zwischen der Schweiz und den Behörden der französischen Besatzungszone abgeschlossen wurde, trat in Waldshut zusammen. Die französische Delegation wurde von dem Leiter der Finanzabteilung bei der französischen Militärregierung in Baden-Baden, Auboyneau, geführt, die schweizerische von dem Vizedirektor der Hauptzollverwaltung in Bern, Widmer. Die Kommission prüfte eine Reihe von Grenzfragen. In den meisten Fällen wurden die angestrebten Erleichterungen erzielt. In der Schweiz wird mit Befriedigung festgestellt, daß die französischen Besatzungsbehörden den Bemühungen der schweizer Zollverwaltung um eine Normalisierung des Grenzverkehrs entgegenkommen.

„Freie Wirtschaft in Frankreich vorläufig unmöglich“

Perigueux. Ministerpräsident Ramadier wohnte in Begleitung der Minister Yvon Delbos und Robert Lacoste einem Heimatfest in Perigueux bei. Nach Niederlegung eines Kranzes am Totenmal begab sich der Ministerpräsident zum Rathaus. Der Präsident der Handelskammer forderte in seiner Begrüßung den Ministerpräsidenten auf, die Rückkehr zum System der freien Wirtschaft zu beschleunigen. In seiner Antwort betonte Ramadier die Unmöglichkeit, überall zum Vorkriegssystem zurückzukehren. Noch sei Frankreichs Produktion geringer und mit höherem Kostenaufwand verbunden als die der Staaten, die den Krieg nicht im eigenen Land kennenlernten. Ramadier unterstrich dabei die Anstrengungen, denen Frankreich sich unterziehen muß, um den Produktionsstand von 1938 wieder zu erreichen und fuhr fort: „Man sagt, daß die Freiheit der Wirtschaft und des Handels notwendig sei. Hüten wir uns indes, auf Lehren zu bestehen, die Ausdruck der Vergangenheit, doch nicht der Zukunft sind.“ Nach Erwähnung der straffen Organisation und Zentralisierung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten, „deren Brutalität nicht verfehlen konnte, lebhaften Protest hervorzuheben“, versicherte Paul Ramadier: „Die unbeschränkte wirtschaftliche Freiheit würde

Baldiger Friedensschluß mit Deutschland?

New-York. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, ist in einem an den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses gerichteten Schreiben der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten den Frieden mit Deutschland und Japan so schnell wie möglich unterzeichnen müßten.

Hoover erklärte weiter in seinem Schreiben, daß die Einstellung der Sowjet-Union den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Welt unmöglich mache, und er verlangt die sofortige Eröffnung von Verhandlungen mit Japan. In der Deutschland-Frage empfiehlt der ehemalige Präsident für den Fall des Scheiterns der nächsten Außenministerkonferenz in London, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit ihren entsprechenden Besatzungszonen einen Sonderfrieden schließen.

Bevin wird britische Zone besuchen

Der Minister für die britischen Besatzungszonen in Deutschland und Oesterreich, Lord Pakenham, kündigte bei seinem Deutschlandbesuch eine Erklärung von äußerster Wichtigkeit für die Zukunft „Westdeutschlands“ an.

Lord Pakenham, der von seinem Wochenendbesuch in der britischen Besatzungszone Deutschlands bereits nach Großbritannien zurückgekehrt ist, wird diese Erklärung voraussichtlich noch vor der Labour-Konferenz in Margate abgeben. Ferner wird er dem Außenminister Ernest Bevin von seinen Besprechungen mit Vertretern der norddeutschen Kohlen-Kontroll-Kommission in Essen über die Ruhrkohlenproduktion berichten. Wie der britische Minister für deutsche Angelegenheiten, Lord Pakenham, weiter auf einer Pressekonferenz erklärte, hofft er, daß Außenminister Bevin im Juni die britische Besatzungszone besuchen und dort in den Großstädten im Verlaufe öffentlicher Kundgebungen zu der deutschen Bevölkerung sprechen wird.

Truman und die „Hemisphären-Solidarität“

Washington. Präsident Truman legte, wie „Das Neue Baden“ bereits meldete, dem Kongreß einen Gesetzentwurf vor, der die Ausbildung der Offiziere aller amerikanischen Staaten in den Vereinigten Staaten vorsieht und gleichzeitig die Aufrüstung aller Armeen der westlichen Hemisphäre mit einheitlichem Kriegsmaterial bezweckt. Der Gesetzentwurf entspricht dem Wunsch der amerikanischen Regierung, der Welt eine geeinte Front aller amerikanischen Völker zu zeigen und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, auf Grund einer weitangelegten Untersuchung die Wirtschaft aller „demokratischen Länder“ Europas und der Welt überhaupt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Vorbereitung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für Europa sowie den Fernen und den Mittleren Osten durch die hierfür eingesetzten Sonderdienststellen wird eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, außerdem kann die Regierung vor dem Jahr 1948 keine wesentlichen Kredite vom Kongreß fordern. Der Präsident bemüht sich daher, diese Frist nutzbringend der „Hemisphären-Solidarität“ zuzuwenden. Dies ist die An-

sicht berufener Beobachter angesichts des neuen Schrittes Präsident Trumans. Die gleichen Beobachter betonen, daß der vorliegende Gesetzentwurf Kanada von neuem aufrordert, an der Vereinheitlichung der Rüstung teilzunehmen. Es ist sowohl der Wunsch der in der Pan-amerikanischen Union vereinigten lateinamerikanischen Staaten als auch der amerikanischen Republikaner, Kanada unverzüglich in der Pan-amerikanischen Union zu sehen. Man glaubt daher für die nächste Zeit zwei weitere Schritte zur Verstärkung dieser Solidarität vorhersagen zu können: 1. Die offizielle Beilegung aller Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien. 2. Die brasilianische Einladung zu einer Konferenz in Rio mit dem Ziel eines gemeinsamen Verteidigungsabkommens zwischen den 21 amerikanischen Republiken und Kanada, vorausgesetzt, daß Kanada die Einladung annimmt. Die Beobachter befürchten, daß die Bemühungen Trumans um die amerikanische Solidarität Anfeindungen derselben Art hervorrufen werden, wie sie anlässlich des Antrags zur Unterstützung Griechenlands und der Türkei laut geworden sind.

Lebensmittel für franz. Zone aus Argentinien

Buenos Aires. General Delage befindet sich zurzeit als Beauftragter General Königs in Argentinien, um mit der Regierung Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung der französischen Zone zu führen. Anlässlich eines Presseempfangs in den Räumen der französischen Botschaft gab er einige Einzelheiten seines Auftrags bekannt. Als vorrangigste Aufgabe bezeichnete er die General-Garantien für die Lieferung von 100 000 Tonnen Futtermittel, die bereits im vergangenen November gekauft wurden, zu erreichen. Die Verschiffung dieser Mengen wurde bisher durch das neue Exportprogramm der argentinischen Regierung verzögert. „Frankreich“, so führte der General aus, „hat sich die Aufgabe gestellt, die Ernährung von 7½ Millionen Menschen, die in seiner Besatzungszone leben, sicherzustellen. Unglücklicherweise sind die Existenz-

bedingungen in ganz Europa äußerst schwierig, und der Reisende, der in Buenos Aires an Land geht, hat den Eindruck, daß Argentinien das Ausmaß des Elends, das schwer auf den hungernden Ländern Europas lastet, nicht in Betracht zieht.“

Frankreich hat größte Anstrengungen unternommen um den Deutschen seiner Besatzungszone einen normalen Lebensstandard zu geben, aber das wesentliche Problem, das alle anderen überschattet, ist die Sorge um das tägliche Brot. Ich hoffe“, unterstrich er schließlich, „daß Argentinien, das so oft Beweise seiner Großherzigkeit lieferte, die Erfüllung dieser Aufgabe im Dienst der Menschlichkeit erleichtern wird.“

Die Lage in Japan

Washington. In seinem Wochenbericht über die Lage in Japan erklärte General Mac Arthur, daß das japanische Hauptwirtschaftsproblem das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bildet. Besonders schwer sei es, den Einfluß der Kommunisten, die Betätigungsfreiheit forderten, auf diesem Gebiete richtig einzuschätzen.

Polnisch-jugoslawischer Handelsvertrag

Warschau. In Warschau wurde ein polnisch-jugoslawischer Handelsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag läuft auf die Dauer von 5 Jahren. Ein Warenaustausch in Höhe von insgesamt 215 Millionen Dollar ist vorgesehen. Außerdem wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vorgesehen ist, vor allem hinsichtlich einer gegenseitigen Unterstützung bei der Lösung von beide Länder betreffenden technischen Problemen.

Amerik. Militärmission in Griechenland

Athen. Unter dem Befehl des Obersten Charles Lehner traf ein Teil der amerikanischen Militärmission in Athen ein. Die Mission wird den Bedarf der griechischen Armee an Kriegsmaterial und Lebensmitteln einer Prüfung unterziehen.

Die evgl. Kirchenwahlen

Nachstehenden Beitrag, der im Hinblick auf die bevorstehenden evangelischen Kirchenwahlen in Baden von besonderem Interesse sein dürfte, stellen wir zur Diskussion.

D. Red.

Die Gewaltherrschaft Hitlers hat für die evangelischen Kirchen Deutschlands zu weittragenden und letzten Endes verhängnisvollen Folgen geführt. Die Sucht, in Deutschland auch eine Einheitskirche zu schaffen, erzwang schon bald nach der Machtergreifung einen Zusammenschluß der bis dahin selbständig nebeneinander bestehenden evangelischen Landeskirchen zur „Deutschen evangelischen Kirche“, an deren Spitze der sattsam bekannte „Reichsbischof“ Ludwig Müller gestellt wurde. Im Innern führte die Auseinandersetzung der Hitler ergebenen und nach und nach auch im Kirchenglauben abirrenden Richtung der „Deutschen Christen“ mit der den überlieferten Glauben während der „Bekennenden Kirche“ zu schweren Erschütterungen. Mit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes und dem Verbot der deutschchristlichen Organisation durch die alliierte Besatzungsmacht entschied sich der Kirchenkampf zu Gunsten der Bekennenden Kirche. Auch die Evangelisch-protestantische Kirche Badens ist in diese Wirren hineingezogen worden. Durch das Ausscheiden der deutschchristlichen Mitglieder der Landessynode und des Oberkirchenrats wurden diese beiden obersten Instanzen der Kirche unvollständig und konnten von der am Ruder gebliebenen Richtung der Bekennenden Kirche neugebildet werden. Ein Vorgang, der allerdings kirchenrechtlich als fragwürdig bezeichnet werden muß. Richtig wäre die Berufung einer neuen Landessynode aufgrund der Kirchenverfassung von 1919 gewesen und die Ernennung eines neuen Oberkirchenrats durch diese Synode. Allein die Abhaltung von Kirchenwahlen scheiterte 1945 an der fehlenden Zustimmung der Besatzungsmacht. Dieses Hindernis ist mit der Zulassung von politischen Wahlen in der französischen Zone in Wegfall gekommen. Im Laufe dieses Jahres werden auch für die Bildung der kirchlichen Körperschaften: Landeskirche, Kirchengemeinderat, Bezirkssynoden und Landessynode Wahlen stattfinden. Zu diesen hat die derzeitige „vorläufige“ Landessynode eine Wahlordnung herausgegeben. Sie hat sich darin, was wiederum kirchenrechtlich fragwürdig sein dürfte, nicht auf den Boden der Kirchenverfassung von 1919 gestellt, sondern eine Reihe von nicht unwesentlichen Neuerungen getroffen, die richtigerweise einer neuen Verfassungsregelung vorbehalten bleiben mußten. So die Abschaffung des neben dem Kirchengemeinderat bestehenden Kirchengemeindegemeinschaftsausschusses, die Ersetzung der Verhältniswahl durch die Einzelpersonenwahl, der direkten Wahl der Landessynode durch indirekte Wahl durch die Bezirkssynoden, die Einführung eines an die historischen Bekenntnisse und die theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen vom Jahr 1934 sich bindenden Ältestengeldes.

Wie die beiden staatlichen Gebilde des Landes Baden neue Wahlordnungen erhalten haben, so hat nun auch die evangelische Landeskirche Badens zu den bevorstehenden Kirchenwahlen eine neue Wahlordnung bekommen. Mit Rücksicht darauf, daß die Organe, welche diese Wahlordnungen hervorbrachten, dabei von grundsätzlich verschiedenen Auffassungen ausgingen und die Wahlvorschriften dementsprechend voneinander abwichen, ist es angezeigt, die Unterschiede der Öffentlichkeit durch Hinweis auf die Besonderheiten der kirchlichen Wahlordnung näher zu bringen. Bei den staatlichen Wahlen wird davon ausgegangen, daß derjenige, der bestimmte Voraussetzungen an Alter, Wohnort, Aufenthaltszeit usw. erfüllt, wahlberechtigt ist und gewählt werden kann. Die mündigen im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Volksgenossen wählen also ihre Vertreter, so daß man von einer wirklichen Volkswahl sprechen kann. Die Wahlordnung der evangelischen Kirche sieht zwar ähnliche Voraussetzungen vor, knüpft aber an das Wahrecht und die Wahlbarkeit weitere Bedingungen. Demzufolge hat der kirchliche Wähler vor der Eintragung in die Wählerliste schriftlich eine genau vorgeschriebene glaubensmäßige Versicherung abzugeben. Die Eintragung ist von einer persönlichen Anmeldung des Wählers abhängig gemacht. Die Aufforderung zu dieser Anmeldung erfolgt an zwei Sonntagen in den Gottesdiensten; eine Bekanntmachung in den Tageszeitungen ist nicht vorgesehen. Wer also an diesen beiden Gottesdiensten zufällig nicht teilnimmt und von der Aufforderung somit nichts erfährt, kann an der Wahl nicht teilnehmen.

Bekanntmachung

Betr. Ungültigkeitserklärung von Lebensmittelbezugscheinen. Ziffer I. Die bis zum 31. Mai 1947 zur Verfügung...

Versorgung mit Penicillin und seine Verwendung in Baden.

Die Militärregierung gibt bekannt: Seit Dezember 1946 wird der deutschen Bevölkerung ein monatliches Kontingent an Penicillin zur Verfügung gestellt...

AVIS AUX PERSONNES DEPLACÉES.

En exécution des ordres du Commandement Supérieur des Troupes d'occupation, le port de l'uniforme est strictement réservé aux militaires ou fonctionnaires...

Gottesdienstsanzeiger

Evang. Gottesdienste in Lahr. Sonntag, 1. Juni 1947 - Dreifaltigkeitssonntag (Kollekte). - Burghelmer Kirche: 8.30 Uhr...

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung. In das Handelsregister Lahr Abt. B Nr. 39 ist heute eingetragen worden: Demokratische Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung...

OFFENE STELLEN

Lokalschriftleiter, mit südbadischen Verhältnissen bestens vertraut, gesucht. Angebote unter Nr. 1065 W an 'Das Neue Baden'...

GESCHÄFTLICHES

Pforzheimer Schmuckwaren. Ihr Haar - Ihr Stolz! Haarauflage, Ihr Haar - Ihr Stolz! Haarauflage...

Stadthalle-Lichtspiele Offenburg

Unser neues Programm vom 30. Mai bis 5. Juni. 'Hab mich lieb' mit Marika Rökk, Viktor Staal u. v. a.

Schwarzwald-Lichtspiele

LAHR. Ab Freitag, 30. Mai bis einschl. Donnerstag, 5. Juni. 'Der Schuldige bin ich' (Le Coupable)...

SCHLOSS-LICHTSPIELE RASTATT

zeigen vom 30. Mai bis 5. Juni, täglich 21 Uhr, Samstag 18.30 u. 21 Uhr. 'Immensee'...

RESI RASTATT

Vom 30. Mai bis 5. Juni, täglich 18.45 Uhr, Sonntag 14, 16 u. 18 Uhr. 'Der schöne Lustfilm'...

Gasthaus „zum Pflug“, Mietersheim

Wiederoeffnung am Sonntag, 1. Juni 1947. Ernst Herzog und Frau.

Wer sich eine zweckmäßige Geldanlage sucht

kann sich die Mittel für den künftigen Erwerb eines Bauplatzes, Hauses oder einer Wohnung schaffen. Für gedehnte Bauten...

Wichtig für die Angehörigen Kriegsgefangener!

Der Verlag „Das Neue Baden“ in Lahr (Schw.) übernimmt den Versand unserer Zeitung an die in französischer, englischer oder amerikanischer Gefangenschaft sich befindlichen ehem. deutschen Wehrmachtangehörigen...

VERLAG UND REDAKTION

„DAS NEUE BADEN“ Fernsprechanruf 2365

AUSKUNFT

Auskunft und Detektive Adolf Karmou, Stuttgart 4, Vaihingen, Krügerstr. 42, Telefon 789 076...

TIERMARKT

Ferkel abzugeben gegen junge oder tragende Milchziege. Schweighausen, Haus Nr. 27. (548)

LIEGENSCHAFTEN

Geboten in Schluchsee Einfamilienhaus, Größe 64 qm, mit Garten von 1400 qm (schöne Lage). Gesucht wird Haus mit evtl. kleinerem Garten...

HEIRATEN

Heirat - Einheirat besorgt reell und diskret seit Jahren. Vermittlungsdienst Frau Berta Leib, Offenburg, Gieselerstr. 6. (498)

FAMILIENANZEIGEN

Wir grüßen als Verlobte: Eiriede Fleig Karl Zeller. Sutz b. Lahr Lahr (Schw.) Burghelmerstr. 82 Pflingst 1947

TAUSCHGESUCHE

Autoreifen, 4,50x17 gas., geboten werden. Deutsches Auto, 7,00x20 u. 7,25x20. Zuschr. unt. H 491 an 'Das Neue Baden', Lahr.

VERSCHIEDENES

Zuverlässige Charakterbeurteilungen auf Grund der Handschrift n. rein wissenschaftl. Methode für Firmen u. Private...

BRIEFMARKEN

Briefmarken. Heute können Sie die Zensurmarken noch billig erwerben. Ich biete an 100 verschiedene Zensurmarken...

VERLOREN

Herren-Armbänder am Freitag den 23. Mai zwischen 12 und 13 Uhr vom Altvater bis Bahnhof verloren. Abzugeben gegen gute Bezahlung Lahr, Altvaterstr. 3.

VERLOREN

Herren-Armbänder am Freitag den 23. Mai zwischen 12 und 13 Uhr vom Altvater bis Bahnhof verloren. Abzugeben gegen gute Bezahlung Lahr, Altvaterstr. 3.

VERLOREN

Herren-Armbänder am Freitag den 23. Mai zwischen 12 und 13 Uhr vom Altvater bis Bahnhof verloren. Abzugeben gegen gute Bezahlung Lahr, Altvaterstr. 3.